



Nachrichten aus Berlin

Ausgabe 22/2018 v. 07.11.2018

In eigener Sache

- Konferenz von BRAK & IPA: Anwaltliches Gesellschaftsrecht – Zwischen Fremdkapital und Zugang zum Recht

Rechtspolitik

- Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts: Stellungnahme des Bunderats zum Gesetzentwurf
- Gesetzentwurf Mietrechtsanpassungsgesetz

Deutsches Anwaltsinstitut

- 25. Jahresarbeitstagung Verwaltungsrecht: 25. - 26.1.2019 in Leipzig

In eigener Sache

Konferenz von BRAK & IPA: Anwaltliches Gesellschaftsrecht – Zwischen Fremdkapital und Zugang zum Recht

Die BRAK veranstaltet gemeinsam mit dem Institut für Prozess- und Anwaltsrecht der Universität Hannover die Konferenz "Anwaltschaft im Blick der Wissenschaft". Sie findet am 9.11.2018 in Hannover statt und hat eine der aktuell drängendsten Fragen des anwaltlichen Berufsrechts zum Thema: "Anwaltliches Gesellschaftsrecht – Zwischen Fremdkapital und Zugang zum Recht".

Die Konferenz soll das Spannungsfeld zwischen reiner Kapitalbeteiligung an Rechtsanwaltskanzleien, der Gewährleistung anwaltlicher "Core Values" (Unabhängigkeit, Verschwiegenheit, Loyalität und Kompetenz) und des gleichen Zugangs zum Recht für alle Rechtsuchenden aus verschiedenen Perspektiven ausleuchten. Einleitend werden der BRAK-Vorschlag zur Reform des anwaltlichen Gesellschaftsrechts (**Stellungnahme der BRAK 2018/15**) und auch der vom DAV/Prof. Dr. Henssler vorgelegte Vorschlag vorgestellt. In der abschließenden Podiumsdiskussion sollen rechtspolitische Schlüsse aus dem zuvor Gehörten und Diskutierten gezogen werden.

Das gesamte Programm finden Sie [hier](#).

Nachmeldungen sind noch möglich.

Rechtspolitik

Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts: Stellungnahme des Bunderats zum Gesetzentwurf

Der Bundesrat hat am 19.10.2018 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts Stellung zu nehmen.

Er regt an, zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie die in dem vorliegenden Gesetzentwurf sowie in dem weiteren Entwurf eines Gesetzes zum Internationalen Güterrecht und zur Änderung von Vorschriften des Internationalen Privatrechts (**BR-Drs. 385/18**) jeweils vorgesehenen Änderungen in **Art. 17b EGBGB** unter Beachtung der vorgesehenen Änderungen des **Art. 17 EGBGB** aufeinander abzustimmen sind.

Weiterführende Links:

- [Stellungnahme Bundesrat](#)
- [Informationen zum Verfahrensverlauf](#)
- [Entwurf eines Gesetzes zum Internationalen Güterrecht und zur Änderung von Vorschriften des Internationalen Privatrechts](#)

Gesetzentwurf Mietrechtsanpassungsgesetz

Die Bundesregierung hat einen Entwurf eines Mietrechtsanpassungsgesetzes vorgelegt, über den bereits am 19.10.2018 im Bundestag in erster Lesung beraten wurde. Eine öffentliche Anhörung von neun Sachverständigen und zwei Vertretern der Mieter- und Immobilienverbände findet am heutigen Tag, dem 7.11.2018, im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Bundestages statt. Der Bundesrat hat zu dem Gesetzentwurf eine Stellungnahme abgegeben.

In dieser Stellungnahme bittet der Bundesrat den Gesetzgeber, u.a. zu prüfen, wie **§ 556d II 5 BGB** so modifiziert werden kann, dass eine gesetzliche Klarstellung bezüglich einer etwaigen Veröffentlichungspflicht erreicht wird. Ferner sei nach Ansicht des Bundesrates der in **§ 558 II 1 BGB** festgelegte Bezugszeitraum für die örtliche Vergleichsmiete von vier auf acht Jahre auszuweiten. Des Weiteren sollen in **§ 558 V BGB** und **§ 559 I BGB** die Anrechnungssätze von elf auf acht Prozent verringert werden. Nach Auffassung des Bundesrates sei eine Absenkung der Modernisierungsumlage von elf auf acht Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten sachgerecht und auskömmlich.

Weiterführende Links:

- [Gesetzentwurf](#)
- [Stellungnahme des Bundesrats](#)

Deutsches Anwaltsinstitut

25. Jahresarbeitstagung Verwaltungsrecht: 25. - 26.1.2019 in Leipzig

Die Jahresarbeitstagung Verwaltungsrecht feiert ihr 25-jähriges Jubiläum. Durch die bewährte Kombination von praxisnahen Vorträgen und konstruktiven Diskussionen werden die Problembereiche des gesamten Verwaltungsrechts detailliert beleuchtet. Namhafte Referenten aus der (Bundes-)Gerichtsbarkeit und der Anwaltschaft informieren praxisnah über folgende Themen:

- Der maßgebliche Zeitpunkt der richterlichen Verwaltungskontrolle und die Funktion der Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Die Rolle des Rechtsanwalts im Verwaltungsprozess
- Rechtsprechung zum Beamtenrecht – Konstantes und Neues
- Artikel 33 Abs. 2 GG und die Organisationsgewalt des Dienstherrn. Entwicklung der Rechtsprechung und offene Fragen
- Die neuere Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Telekommunikationsrecht
- Aktuelle Entwicklungen im Telekommunikationsrecht aus anwaltlicher Sicht
- Planerhaltung: Von Horst Sandler bis zum Umweltrechtsbehelfsgesetz
- Von Feigenblättern und Tabu-Zonen: Entwicklungen des Bauplanungsrechts am Beispiel der Windenergieanlagen
- Der städtebauliche Vertrag aus anwaltlicher Sicht
- Rechtsprobleme der Planfeststellung aus anwaltlicher Sicht

Mehr Information und Anmeldung: [Download Prospekt](#) oder [online](#)

Weitere aktuelle Informationen zum DAI und seinen Veranstaltungen finden Sie unter www.anwaltsinstitut.de.

Impressum

Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK)

Büro Berlin, Littenstraße 9, 10179 Berlin, Tel: 030/ 28 49 39 - 0

Fax: 030/ 28 49 39 - 11, E-Mail: newsletter@brak.de

Redaktion: RAin Stephanie Beyrich, Bearbeitung: Marina Bayer

Der Newsletter ist im Internet unter www.brak.de abrufbar. Wenn Sie diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte [hier](#).